

Göttinger Gruppe / Securenta: Staatsanwaltschaft durchsucht Datenbestand

Wie die Süddeutsche Zeitung kurz vor Weihnachten mitteilte, wurden im Rechenzentrum der Göttinger Gruppe Daten und Unterlagen beschlagnahmt. Hintergrund ist das Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche wegen Betruges und Insolvenzverschleppung; dieses gab die Staatsanwaltschaft Braunschweig bekannt.

Etwa 250 Strafanzeigen sollen gegen verantwortliche Manager der Göttinger Gruppe vorliegen, ist zu vernehmen gewesen. Der Vorwurf des Betruges gründet sich unter anderem auf die vielen von den Unternehmen der Göttinger Gruppe in den vergangenen Jahren abgeschlossenen Vergleiche mit Anlegern, die Geld zurückgefordert haben. Diese Vergleiche sind nicht ausreichend mit Leben erfüllt worden; Zahlungen blieben – zumindest teilweise – aus.

Die Anzeigenersteller fühlten sich betrogen, weil ihnen zum Beispiel das Unternehmen Zahlungen, denen es zuvor in einem Vergleich zugestimmt hat, vorenthalten habe. Die Staatsanwaltschaft will nun herausfinden, wann die Göttinger Gruppe tatsächlich zahlungsunfähig war.

Kernfrage, die es jetzt zu beantworten gilt, ist, wann die Zahlungsunfähigkeit wirklich vorgelegen hat. Haben die Verantwortlichen trotz Insolvenzreife noch Zahlungen zugesagt, so könnten sie möglicherweise persönlich für entstandenen Schaden ein zu stehen haben.

STELLUNGNAHME DER KANZLEI GÖDDECKE

Die Zahlungsunfähigkeit festzustellen, dürfte für die Wirtschaftsreferenten der Staatsanwaltschaft wohl ein schwieriges Unterfangen werden. Denn wenn es stimmt, was die Insolvenzverwaltung schon seit längerem verlautbaren lässt, liegt eine ordentliche Buchführung schon lange Monate vor Insolvenzeröffnung nicht mehr vor.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 21. Dezember 2007

24. Dezember 2007 (Hartmut Göddecke)

Weitere interessante Artikel zu diesem Projekt finden Sie „hier“